

Ihre Gratulation

Möchten Sie jemandem zu einem Ereignis gratulieren? Der Mutter zum Geburtstag, den Eltern zur goldenen Hochzeit oder dem Sohn zum bestandenen Examen?

Dann senden Sie doch einfach einen kurzen Text und 20 Franken per Post an «Zuger Presse» in der Baarerstrasse 27, 6301 Zug. Wenn Sie dazu ein Foto veröffentlichen wollen, können Sie das Bild als JPG-Datei per E-Mail an redaktion@zugerpresse.ch schicken. In diesem Fall kostet die Veröffentlichung Ihrer Glückwunschanzeige 40 Franken. zp

«Willkommen in Zug»



Was er wohl gerade ausgeheckt hat? Der Zuger Dan Burri ist 16 Monate alt und gerade in Zug unterwegs.



Der siebeneinhalb Monate alte Henrik Odermatt aus Zug ist sehr gerne draussen an der frischen Luft und geniesst es dort so richtig. Fotos Michela Negro

Schicken Sie uns Ihr schönstes Kinderbild

Mit der Aktion «Willkommen in Zug» begrüsst unsere Zeitung jede Woche Nachwuchs aus dem Kanton. Haben auch Sie Zuwachs in Ihrer Familie erhalten? Senden Sie uns ein Foto Ihres Lieblings an redaktion@zugerpresse.ch oder per Post an die Redaktion der Zuger Presse, Baarerstrasse 27, 6304 Zug. Das Foto sollte im JPG-Format sein und eine Grösse von mindestens 1 Megabyte haben. Schreiben Sie zum Bild Name und Wohnort sowie eine kurze Entstehungsgeschichte. zp

Ihr Leserbrief

Möchten Sie einen Artikel in der «Zuger Presse» mit einem kurzen Leserbrief kommentieren?

Wir drucken ihn gerne an dieser Stelle ab. Schicken Sie ihn bitte mit Ihrem vollen Namen und Angabe des Wohnortes an:

redaktion@zugerpresse.ch

Leserbrief

Verfehlte Sparpolitik schadet allen

Ein Leser nimmt Stellung zu einem Leserbrief aus der Ausgabe vom Mittwoch, 23. September, über Arbeitsbedingungen.

Den Nagel auf den Kopf getroffen – das hat Joseph Schuler, der Präsident des Staatspersonalverbandes des Kantons Zug, in seinem Leserbrief vor zwei Wochen. Die wirklichen Ursachen des Defizits in Kanton und Gemeinden lassen sich nicht auf dem

Buckel des Personals beheben. Es gibt andere Wege:

Firmen, die wenig Steuern bezahlen, sind kein Segen

Der steigende Beitrag in den neuen Finanzausgleich (NFA) soll von jenen bezahlt werden, die ihn verursachen. Jede zugezogene Firma stärkt das wirtschaftliche und steuerliche Potenzial des Kantons und trägt damit zum höheren NFA-Beitrag bei. Immer mehr Firmen, die wenig Steuern zahlen, sind kein Segen für unseren Kanton. Die mehrfachen Steu-

ersenkungen zu Gunsten der obersten Einkommen und der internationalen Unternehmen sind nicht nachhaltig. Im Gegenteil, Kanton und Gemeinden müssen vermehrt in die Infrastruktur investieren.

Das teuerste Personal ist jenes, welches nicht motiviert ist

Die Zubetonierung und Zersiedelung unseres Kantons schreitet voran, zu Lasten von Natur und Umwelt. Die Boden- und Wohnungspreise schnellen in die Höhe, zu Lasten der Zugerinnen und Zuger mit

kleinen und mittleren Einkommen. Dies wollen die bürgerlichen Parteien nicht wahrhaben. Stattdessen sollen das kantonale und das gemeindliche Personal Einbussen hinnehmen. Die Streichung von vergünstigten Reka-Checks beispielsweise spart ein paar Fränkli. Dass dabei auch ein Zeichen der Wertschätzung gestrichen wird, vergessen die Sparpolitiker. Dabei weiss jeder Personalverantwortliche: Das teuerste Personal ist jenes, welches nicht motiviert bei der Arbeit ist. Als Kantonsrat sehe

ich die hohe Motivation und Leistungsbereitschaft unseres Personals im Kanton und in den Gemeinden. Ich habe selber meine KV-Lehre in der Gemeindeverwaltung gemacht und weiss, wie seriös dort gearbeitet wird. Wer das Staatspersonal nun für eine verfehlte Finanzpolitik bestraft, schadet letztlich dem Kanton und uns allen. Die Alternative – die Grünen setzen sich dafür ein, dass die wahren Ursachen der Probleme angegangen werden.

Andreas Lustenberger, Kantonsrat ALG, Baar

Buchtipps

Versuche über den Unfrieden

Hans Magnus Enzensberger hat sich über 20 Jahre mit den Themen Terrorismus, Bürgerkriege, Fremdenhass, Islam in Deutschland, Vandalismus und Amokläufen auseinandergesetzt. Dazu schrieb er vier Abhandlungen. In seiner ersten Abhandlung, welche den Titel «Die Grosse Wanderung» trägt, beschäftigt sich Enzensberger mit den deutschen Erfahrungen mit Migration und Fremdenhass. In der darauffolgenden Abhandlung mit dem Titel «Aussichten auf den Bürgerkrieg» beschreibt er die in den 90er-Jahren versprochene, aber trügerische «Friedensdividende» nach dem Ende des Kalten Krieges. Um Grössenwahn und Rachsucht, Mordlust und Todeswunsch geht es in seiner dritten Abhandlung «Schreckens Männer», und in seiner letzten Abhandlung mit dem Titel «Der vergessene Gottesstaat» geht es um die brutalsten Kriege der modernen Geschichte. Diese vier Abhandlungen sind nun in einem einzigen Band mit einigen Fussnoten und Quellenhinweisen erhältlich. Enzensberger formuliert die Entwicklungen genau und analysiert kritisch ihre Ursachen. mic

«Versuche über den Unfrieden» von Hans Magnus Enzensberger, 183 Seiten, Suhrkamp Verlag, 2015, 17,90 Franken

Hans Magnus Enzensberger
Versuche über den Unfrieden

Leserbrief

Prämien könnten gesenkt werden

Ein Leser will die höheren Krankenkassenprämien nicht akzeptieren.

Wir haben das Glück eines ausgezeichneten Gesundheitssystems. Doch auch das muss bezahlbar bleiben. In den letzten zwanzig Jahren haben sich unsere Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt. Kaum ein Wirtschaftszweig, in dem der Rubel so unkontrolliert fliesst. Klar, dass gerade hier ein riesiges Sparpotenzial liegt; Experten schätzen es auf über 10 Milliarden Franken, trotz Fortschritt und steigender Lebenserwartung.

Spitalambulatorien sind eine gute Einrichtung. Aber sie gehören zu den grossen Kostenverursachern. Trotzdem ist das Sparpotenzial anderswo zu

suchen. Nirgends wird so viel operiert wie hierzulande.

Gefragt ist jetzt mehr Eigenverantwortung

Studien belegen, dass 20 Milliarden – also ein Drittel – für unnötige Operationen oder Therapien ausgegeben werden. Kassen zahlen auch Schönheitsoperationen, sofern der Arzt sie als medizinisch notwendig erachtet. Doch schuld sind nicht allein die Ärzte, die immer noch vielen Spitälern und die Krankenkassen. Wir Patienten werden anspruchsvoller, rennen in Kasokomanie schnell zum Arzt. Man will seine Prämie ja «amortisieren». Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Eigenverantwortung, Herr Bundesrat Berset. Und mehr Markt, mehr Transparenz,

mehr Vernetzung und den effizienten Datenaustausch. Staatliche Regelungen, wie zum Beispiel in bundesrätliche Planwirtschaftsvorlage zur Steuerung des gesamten ambulanten Leistungsbereiches durch die Kantone, sind das falsche Rezept.

Prämien bilden Begehrlichkeiten ab

Natürlich sind Prämienverbilligungen eine Entlastung für über zwei Millionen Menschen. Die 3,4 Milliarden Franken belasten jedoch alle Steuerzahler. Mit mehr Masshalten, Effizienz und positiven Anreizen könnten wir einiges bewegen, sogar Prämien senken. Denn stets steigende Prämien sind auch Abbild ausufernder Begehrlichkeiten – hüben wie drüben.

Bruno Fäh, Baar

Leserbrief

Der Widerstand ist hartnäckig in Walchwil

Ein Leserbrief zum Widerstand gegen das offizielle Bahnausbauvorhaben.

Die Widerstandsgruppe IG Neat Zug gegen den geplanten, 1,7 Kilometer langen Doppelspurabschnitt in der Gemeinde Walchwil gelangt mit einer Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht.

Das ist gut so. Denn zu viel ist bei der Planung schiefgelaufen, als dass man dem offiziellen Projekt freien Lauf lassen könnte. Der im August verabschiedete Plangenehmigungsbericht des Bundesamtes für Verkehr entpuppt sich als wahre Fundgrube, um

Schwachstellen und Trickserien aufzudecken und die betrieblich-finanziellen Vorteile einer Doppelspurinsel im Gebiet Murpflins rechte Licht zu rücken. Auf den Schriftenwechsel im juristischen Verfahren darf man gespannt sein.

Gerhard Schmid, Cham

[facebook.com/zugerpresse](https://www.facebook.com/zugerpresse)

«Zuger Presse» und «Zugerbieter» jetzt auf Facebook!



Leserbrief

Die Reduktion der Quote ist jetzt das falsche Zeichen

Die geplante Senkung der Maturitätsquote kommt nicht überall gut an.

Bildung als Ressource der Schweiz und ganz besonders des Kantons Zug. Zu dieser Aussage würde die grosse Mehrheit der Regierung und des Kantonsrates nicken. Trotzdem sollen im Entlastungsprogramm (sprich Verschiebeprogramm) diejenigen Institutionen, welche uns die

vorher genannten Ressourcen sichern, eine empfindliche Sparübung erfahren.

Es geht um das Zeichen, nicht um die Umverteilung

Rund 15 Millionen Franken sollen bei der Bildung eingespart oder eben verschoben werden. Wenn die Regierung die Maturitätsquote senken will, tönt dies noch nicht nach einer drastischen Massnahme. Schliesslich wird es damit möglich, den Betrag von

100 000 Franken pro Jahr einzusparen. Bei den Gemeinden fallen zwar nicht mehr Kosten an, denn dadurch würden zum Beispiel in Hünenberg lediglich zwei Jugendliche zusätzlich in die gemeindliche Oberstufe gehen. Es geht nicht um diese Umverteilung sondern um das Zeichen, welches gesetzt wird. Die Regierung spricht davon, dass mit dieser Massnahme die Sekundarstufe gestärkt würde. Wie um Himmels willen soll das gesche-

hen? Diese Antwort bleibt uns die Regierung schuldig. Nebst dem unsinnigen Aufwand, welcher betrieben werden muss, wird der Jugend auch vermittelt, dass die Verwaltung und Behörden sagen, wer welche Schule besuchen darf. Der Kanton Zug, bis anhin bereit, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen zu unterstützen, will jetzt bei der eigenen Jugend «klemmen». Noch vor einigen Monaten wurde zum Beispiel für das Informatikinstitut der

Hochschule Luzern eine runde Million Franken als Initialbetrag zur Verfügung gestellt, was auch gut und richtig ist. Aber wieso soll ausgerechnet jetzt bei unseren Gymisülerinnen und -schülern der Hahn zugekehrt werden? Ich bin überzeugt, dass es andere kreative Lösungen gibt, welche den gleichen Spareffekt haben. Hier eine Haurückübung zu vollziehen, ist der falsche Weg.

Hubert Schuler, Kantonsrat, SP